

Mag. Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer
Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus
1010 Wien, Stubenring 1

14.05.2025

Betreff: Vertreten Sie die Stimme des Parlaments gegen EU-Mercosur!

Sehr geehrter Herr Minister Hattmannsdorfer,

als österreichische Zivilgesellschaft sind wir besorgt über den Kurswechsel zum EU-Mercosur Abkommen, den Sie für Österreich vorantreiben wollen - trotz der noch aktiven Ministerbindung des Nationalrates.

Der Beschluss des österreichischen Parlaments vom 19.09.2019, das EU-Mercosur-Abkommen abzulehnen, ist nach wie vor gültig. Als zuständiger Minister sind Sie daran gebunden, diese Ablehnung Österreichs auf europäischer Ebene einzubringen und zu vertreten.

Die Gründe, die zu dieser Ablehnung geführt haben, sind keineswegs verschwunden. Auch die im Dezember 2024 präsentierte neue politische Einigung kann die europäischen Bäuer*innen, gute Arbeitsplätze, das Weltklima und Menschenrechte nicht ausreichend schützen. Die Ausweitung der Quoten für Agrarimporte wird sowohl den Druck auf die europäische Landwirtschaft erhöhen als auch die Entwaldung des Amazonas-Regenwaldes vorantreiben. Auch der Export von in der EU verbotenen Pestiziden soll angekurbelt werden. Da diese in den Mercosur-Ländern zum Teil flächendeckend versprüht werden, besteht die Gefahr, dass mehr dieser Pestizide auf unseren Tellern landen. Durch das Abkommen drohen für beide Regionen Arbeitsplatzverluste und Deindustrialisierung in wichtigen Sektoren in den Mercosur-Ländern. Falsche Wachstumsversprechen – Prognosen gehen von maximal 0,1% BIP-Wachstum nach 10 Jahren aus - sollen darüber hinwegtäuschen. Hinsichtlich der besorgniserregenden Entwaldung im Amazonasgebiet wurden weder wirksame Schutzmaßnahmen noch schlagkräftige Sanktionen eingeführt, was das Ökosystem, die dort lebenden Menschen und das Weltklima schneller an den Kipppunkt führen wird.

Erschwerend hinzu kommt der sogenannte neue Ausgleichsmechanismus, der wichtige politische Maßnahmen wie den CBAM, die EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte (EUDR) und das EU-Lieferkettengesetz (CSDDD) zukünftig nichtig machen könnte.

Der sich aktuell zuspitzende Handelskrieg ausgehend von den USA macht uns drei Dinge deutlich: ja, wir brauchen stärkere internationale Beziehungen, diese müssen auf neue Beine im Sinne eines sozial-ökologischen Umbaus der Volkswirtschaften gestellt und multilateral gestaltet werden. Das EU-Mercosur Abkommen würde jedoch ungleiche, neokoloniale Muster zwischen den Mercosur- und den EU-Ländern stärken und kann als bilaterales Abkommen die globalen Krisen der Zeit nicht lösen. Gleichzeitig müssen wir in der EU Schritte setzen, um unser Wirtschaften zu regionalisieren, ökologisieren und resilienter zu machen. Nur eine Kombination aus diesen beiden Ansätzen sind Schritte hin zur Lösung globaler Krisen.

Wir fordern Sie daher auf, sich beim EU-Handelsminister*innen Rat am 15.05. klar im Sinne des österreichischen Parlamentsbeschlusses gegen das Abkommen auszusprechen!

Mit freundlichen Grüßen,

